

# Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Benche, Vorsdorf, Elcha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinheideberg, Klinge, Köhre, Lindhardt, Pomßen, Standitz, Throna ufm.)  
Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtgemeinderates zu Naunhof; es enthält die Bekanntmachungen des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Grimma und des Finanzamtes zu Grimma.

**Verkauf:** wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr  
**Bezugspreis:** Monatlich ohne Ausstrogen 1.50 Mk., Post ohne Bestellgeld monatlich 1.50 Mk. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



**Anzeigenpreis:** Die 6zeilige Zeile 20 Pfg., amtliche 40 Pfg., Reklameteil (Bsp.) 50 Pfg. Tabell. Satz 50%, Aufschlag. Bei unentgeltlich gelieferten, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen sind wir für Irrtümer nicht haftbar.

Verantwortl. Amt Naunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: Göttsch & Söhne, Naunhof bei Leipzig, Markt 1.

Nummer 65

Dienstag, den 1. Juni 1926

37. Jahrgang.

## Amtliches.

Die Verpachtung der diesjährigen Grasnutzung der Straßengräben und sonstigen Rollenflächen soll Mittwoch, den 2. Juni d. J. nachm. 6 Uhr im Rathaus hier und anschließend die Verpachtung der Kirchen an der Bahnhof- und Großheideberger Straße an Ort und Stelle stattfinden.  
Naunhof, am 29. Mai 1926. Der Stadtrat.

## Militärrevolutionen.

Also gleich zwei geglättete Militärrevolutionen, in Polen und in Portugal! Das erregt etwas Erstaunen in einem Zeitalter, das sich mit Vorliebe antimilitaristisch einstellt, weil es so sichtbar unter dem Weltkrieg gelitten hat. Militärrevolutionen, die schließlich durch irgendeine Form rechtens werden, weil sie schließlich den Erfolg auf ihrer Seite hatten. Militärrevolutionen, die diesmal sich in Republiken abspielten, nicht wie in Italien 1921 in einem Königreich. Denn Mussolinis Marsch nach Rom war letzten Endes ein Kampf mit Hilfe militärisch organisierter Kräfte; in Spanien und Griechenland aber errang das Heer als solches den Sieg.

Für den Erfolg einer Revolution ist die Persönlichkeit des Führers zwar nicht das Entscheidende, sie spielt aber immerhin eine wesentliche Rolle. Portugal ist ein Herd fortwährender politischer Unruhe des politisierenden Heeres gewesen. Der bisherige Ministerpräsident M. da Silva stützte sich im Senat und im Unterhaus auch auf die stärkste Partei, die Demokraten — jetzt hat er trotzdem dem siegreichen Führer der Revolte, dem Kommandanten Mendes Cabedado, die Regierung übertragen müssen, die dieser zurzeit noch als tatsächlicher Diktator verwalte. Neben der Popularität des Führers die Popularität seiner Ziele: Sauberkeit in der Verwaltung, Verringerung der Staatsausgaben und Budgetausgleich, unabhängige Gerichtsbarkeit und allgütige Maßnahmen zur Hebung der wirtschaftlichen Not. Daneben aber auch eine „militaristische“ Note: Reorganisation von Heer und Flotte auch in technischer Hinsicht. Es wird hier wohl nicht lange dauern, bis sich Senat und Unterhaus entschließen werden, dem siegreichen Heerführer das Amt der Präsidentenschaft in die Hände zu legen, also seine Revolte zu legalisieren. Er hat eben den Erfolg für sich.

Am Erfolg selbst schuld sind — wie in Polen — nicht zum mindesten die Parteien, die in Portugal freilich ein noch viel bunteres Bild darstellen als in Polen. Und schuld ist vielleicht auch die Rückstrahlung vom östlichen Nachbar, von Spanien aus, wo seit dem September 1923 das Militärdirektorium Primo de Rivera herrscht, jetzt nun aber den großen maroffanischen Erfolg errungen hat. „Das ist mein Mussolini“, sagte damals nach dem Staatsstreich der — König Alfonso, als er dem Diktator dem italienischen Hofe vorstellte. Die allgemeine Unzufriedenheit mit dem Parlament ist in Italien und Griechenland, in Spanien und jetzt auch in Polen und Portugal die Grundlage für den Erfolg des Staatsstreiches gewesen. Die Unversöhnlichkeit der Parteigruppen, die sich in fast gleicher Stärke gegenüberstanden, machte das Parlament arbeitsunfähig. Denn diese Parteigruppen zerfallen ja in all diesen Staaten — ebenso ja auch in Frankreich — wieder in Parteien und Fraktionen, die sich um bestimmte Führer — und solche, die es sein wollen — zusammenschließen. In deren Spiel findet sich dann die Nation einfach nicht mehr zurecht und wird daher leicht das Opfer eines energiegelassen Militärs, namentlich dann, wenn sie annimmt, daß er mit keiner dieser Parteien etwas zu tun hat oder zu tun haben will.

Nun ist der ganze Süden Europas „militarisch“ regiert, aber der Osten ist es auch. Bedeutet dies, was längst überholt schien, vielleicht doch eine neuen politischen Ära? Dann kann sich Europa bei jenen Herren bedanken, die in Versailles die Grundlage zu der Zerrüttung unseres Erdteils legten.

## Das Schicksal Abd-el-Krims.

Madrid verlangt seine Auslieferung.  
Am 30. Mai ist Abd-el-Krim unter starker Bedeckung in Taza, dem Hauptquartier des französischen Oberkommandierenden General Vocher, eingeliefert worden. Er wird in Taza bleiben, bis eine Entscheidung über sein Los getroffen ist. Die Übergabe spielte sich ohne jedes Zeremoniell ab, und Abd-el-Krim soll wie jeder andere Kriegsgefangene behandelt werden. In den nächsten Tagen beginnen in Paris die Verhandlungen zwischen Vertretern der spanischen und französischen Regierung über die in Marokko weiter zu verfolgende Politik.

Eines der Hauptprobleme wird die Frage bilden, was aus Abd-el-Krim werden soll. Da der Krimführer einem Stamme angehört, dessen Gebiet in der spanischen Protektionszone liegt, verlangt man in Madrid, wie schon kurz gemeldet wurde, seine Auslieferung, und man mag gar kein Hehl daraus, daß man Abd-el-Krim als einfachen Rebellen und „Räuber“ aburteilen will. Dadurch, daß sich der Krimführer, der fünf Jahre lang gegen die Spanier kämpfte, nicht diesen, sondern den Franzosen ergeben hat, ist die Lage für Frankreich seinem spanischen Bundesgenossen gegenüber etwas beik.

## Präsidentenwahl in Polen

### Der gewählte Pilsudski lehnt ab.

Nachmaliger Zusammentritt der Nationalversammlung.  
Die Nationalversammlung in Warschau, die aus dem Sejm und dem Senat zusammengesetzt ist, hat Marschall Pilsudski mit 292 Stimmen zum Staatspräsidenten von Polen gewählt. Der Gegenkandidat Pilsudski, der Vertrauensmann der vereinigten Rechtsparteien, Graf Biniski, erhielt 193 Stimmen, während 61 Abgeordnete sich der Abstimmung enthielten. Die deutschen Abgeordneten hatten geschlossen für Pilsudski gestimmt. Die Linke nahm die Wahl des Marschalls Johann Pilsudski mit Begeisterung auf. Einige Abgeordnete des Zentrums stimmten beim Verlassen des Saales die Nationalhymne an.

Während auf den Straßen Warschaws Freudenkundgebungen der Pilsudski ergebenen Organisationen stattfanden, ließ der neugewählte Staatspräsident dem Sejmarschall die Rechte zugehen, daß er die aus verfassungsrechtlichen Gründen ablehnen müßte. Pilsudski schlug vielmehr vor, dem Witauer Professor Jozefowski oder Professor Rosciski aus Lemberg an seiner Stelle zum Staatspräsidenten zu wählen. Der Marschall fügte hinzu, daß seine Ablehnung unwillkürlich sei.



Marschall Pilsudski.

In einem an den Sejmarschall Natas gerichteten Brief spricht Pilsudski für die Wahl seinen Dank aus. Leider könne er die Wahl nicht annehmen. Zu stark wirke noch auf seine Erinnerung das tragische Geschick des Präsidenten Karatowicz, den er vor seinem schrecklichen Tode nicht habe bewahren können. Aberdies könne er ohne Arbeit nicht leben und die gegenwärtige Verfassung entlade den Präsidenten der Arbeit. Es sei deshalb ein anderer Charakter für diesen Posten notwendig. Der Marschall entschuldigte sich wegen der Enttäuung, die er seinen Anhängern im Landtage und im Volke bereiten müsse und spricht die Hoffnung aus, daß unverzüglich eine andere Persönlichkeit zum Präsidenten gewählt werde.

### Große Erregung in Warschau.

Der Sejmarschall hat die Nationalversammlung nochmals zum Dienstag einberufen, um die Wahl des neuen Staatspräsidenten vorzunehmen. Der Entschluß Pilsudski hat in politischen Kreisen eine starke Erregung hervorgerufen. Die Folgen der Entscheidung Pilsudski lassen sich zurzeit noch nicht in ihrem ganzen Umfange übersehen.

Die Polizeibehörden in Warschau hatten für den Wahltag große Vorkehrungen getroffen, um die Ruhe in der Stadt und den Wahlakt sicherzustellen. Das Parlamentsgebäude war bereits in den frühen Morgenstunden in großem Umfange abgesperrt. Der Sitzungssaal des Landtages, in dem die Wahl des Staatspräsidenten vorgenommen wurde, war bis auf den letzten Platz von Abgeordneten und Senatoren gefüllt. Allerdings wohnte der letzte Ministerpräsident Witos dem Wahlakt nicht bei. Auch die Diplomaten- und die Presseorgane waren nicht besetzt. Der Wahlakt, der unter größter Spannung des Hauses vor sich ging, dauerte etwa 1½ Stunden.

## Strefemann zur politischen Lage.

Für denentscheidung und Volksentscheid.  
Anlässlich einer Landesversammlung der Deutschen Volkspartei sprach der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Strefemann in Klostorf über die politische Lage. Er polemisierte zunächst gegen die Deutschnationalen und ihre Haltung dem Dawes-Abkommen gegenüber, indem er seine bekannte Auffassung zum Ausdruck brachte. Zur Frage der Fürstentümern bemerkte Dr. Strefemann, daß die Deutsche Volkspartei an ihre Anhänger im Lande einmütig den Appell richtete, der Stimmabgabe fernzubleiben und sich damit gegen die entscheidungslose Entgegnung der ehemals fürstlichen und landbesitzlichen Familien zu wenden. Ein Sieg des Volksentscheids würde, so betonte er, von unübersichtlichen Folgen für die innerstaatliche und innerpolitische Entwicklung sein. Eine solche Lösung des Problems wäre politisch nicht gerecht und rechtlich nicht zu begründen. Die Deutsche Volkspartei sei durchaus entschlossen, die staatlichen Rechte in den Auseinandersetzungen mit den Fürsten mit aller Entschiedenheit zu wahren. Es sei bedauerlich, daß das Bild dieser Auseinandersetzungen durch schamlose Ansprüche einzelner Personen, die nicht einmal die deutsche Staatsangehörigkeit besäßen, getrübt würde.

## Ernst Rüge für Oberpräsident Göring.

Ein Nachspiel zum Nürnberger Reichsbannertag.  
In einer Versammlung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Nürnberg war Oberpräsident Göring, der Landespräsident des Reichsbanners, auf die Flaggenverordnung des Reichskanzlers Dr. Luther zu sprechen gekommen. Aber seine Rede waren in der Öffentlichkeit widersprechende Nachrichten ausgetauscht. Besonders hatte es Mißfallen erregt, daß Göring davon gesprochen hatte, daß bei vielen Volksgenossen durch die Flaggenverordnung der Eindruck erweckt worden sei, daß Reichskanzler Dr. Luther den Reichspräsidenten verleitet habe, einen Schritt mit seiner Unterschrift zu setzen, der als Verfassungsbruch empfunden werde.

Auf eine in dieser Angelegenheit an die preussische Regierung gerichtete Anfrage der Deutschen Volkspartei hat Ministerpräsident Braun nunmehr die Antwort erteilt. Der Ministerpräsident teilt darin mit, daß er leider die gewünschte Zurückhaltung, die mit dem Amt eines Oberpräsidenten bei öffentlichen Erörterungen von Maßnahmen der Regierung verbunden sei, an verschiedenen Stellen der Rede vermisst. Das Staatsministerium hat daher den Oberpräsidenten Göring auf das ernste Verlangen und Vorlage getroffen, daß sich Oberpräsident Göring in Zukunft bei der Erörterung politischer Angelegenheiten in der Öffentlichkeit mehr Zurückhaltung auflegt.

Die preussische Regierung hat sich, wie in der Antwort noch mitgeteilt wird, auf diese Maßnahmen beschränkt, weil nach ihrer Ansicht beim Erlaß der Flaggenverordnung eine Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte des Reichsrates vorgelegen habe, dessen Mitglied Oberpräsident Göring ist.

## Dr. Haslunde beim Reichslandbund.

Hinreichender Zollschutz für Agrarprodukte.  
Anlässlich der Gesamtvorstands- und Vertreterversammlung des Reichslandbundes in Weimar sprach der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Haslunde, über die Hilfsmittelmaßnahmen für die Landwirtschaft. Die eingeleiteten Aktionen zum Zwecke der Kreditregulierung wie zur Wiederherstellung der Rentabilität werden mit allem Nachdruck fortgesetzt. Der Zinssatz für die landwirtschaftlichen Real- und Personalkredite müsse eine baldige weitere Ermäßigung erfahren. Die vor kurzem von der Reichsbank veranstaltete Enquete biete hoffentlich hierzu einen geeigneten Anlaß. Der Minister berührte dann die Zollfrage und wies darauf hin, daß es unbedingt notwendig sei, unsere schwerwiegende Landwirtschaft gerade während der Zeit ihrer Umstellung und ihres Wiederaufbaus gegen die Überschwemmung mit Agrarprodukten aus dem Ausland hinreichend zu schützen.

## Militärputsch in Portugal.

Zwei Divisionen gegen die Regierung.  
In Nord- und Südportugal ist ein neuer Militärputsch ausgebrochen. Zwei Divisionen haben sich gegen die Regierung empört. Die Rebellen hatten ursprünglich die Absicht, einen Aufstandsversuch in Lissabon selbst zu unternehmen. Die Regierung war jedoch gewarnt worden und hatte Vorkehrungen getroffen, um den Aufstand in der Hauptstadt zu unterdrücken. Die Verbindung zwischen Lissabon und der Provinz ist unterbrochen. Gerüchten zufolge marschieren die ausländischen Truppen auf die Hauptstadt. Die Führer der Aufstandsbewegung haben den Präsidenten der Republik aufgefordert, eine neue Regierung zu bilden und das Parlament vollkommen auszuscheiden.

## Die 650-Jahr-Feier der Stadt Marienburg

Festakt im Remter der Burg.  
Im Großen Remter der Marienburg begann der Festakt aus Anlaß des 650-jährigen Jubiläums der Stadt Marienburg. Eingeleitet wurde die Feier mit musikalischen Darbietungen. Anschließend hielt der Bürgermeister von Marienburg eine Begrüßungsansprache. Darauf nahm der Vertreter der Reichsregierung, Staatssekretär Dr. Jweiger, das Wort, um die Größe der Reichsregierung, der preussischen Staatsregierung und des Reichspräsidenten von Hindenburg im besonderen zu überbringen. Anschließend überbrachte der Präsident des Senats der Freien Stadt Danzig, Dr. Sahm, die Glückwünsche Danzigs. Es sprachen außerdem noch der Landeshauptmann Dr. von Bränek, Oberbürgermeister Dr. Schmeier-Königsberg, auch im Namen der Vorstände des Deutschen Städtetages und des Reichsstadtebundes Oberbürgermeister Dr. Rertens, Elbing. Vom Reichspräsidenten von Hindenburg war ein sehr herzlich gehaltenes Begrüßungstelegramm eingetroffen.

er Clade  
ier  
Naunhof 1.  
Hrs. hat.  
nhof  
er 187  
ll  
nen 50 Pfg.  
ardt.  
iem ange-  
zu suchen.  
gen Preisen.  
chaft  
im Rathaus  
g  
B. V.  
Beschäftet  
1. Juni einen  
S  
uf  
schaftsgegen-  
gen aller Art.  
Eisenhandlg.  
erfertigste  
6.— franko.  
rit Rendsburg.  
nbäder  
mühle.  
ung erdellen.  
z & Eule.  
ung darge-  
samkeiten  
Bler  
sner.





